

Zukunft des Schulsystems. Für mehr Modernisierung und Chancengerechtigkeit.

I. SCHULEN DIE UNTERSTÜTZUNG GEBEN, DIE SIE BRAUCHEN

1. DIE STARKE WURZEL DES SYSTEMS - DIE GRUNDSCHULEN UND OFFENEN GANZTAGSSCHULEN

Die Grundlage eines jeden Systems bildet eine starke Wurzel, von der aus Stämme in verschiedene Bereiche wachsen können. Diese starke Wurzel des Schulsystems ist seit jeher die Grundschule. Das Ziel der Grundschule muss es sein, dass alle Schüler ein grundlegendes Bildungsniveau erreichen. Hierfür benötigen alle Grundschulen eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung.

Kinder brauchen dafür individuelle Unterstützung. Diese sollte primär durch die Eltern erfolgen. Wenn dies nicht möglich ist, muss eine zusätzliche Verantwortlichkeit bestehen, um diesen Kindern gerechte Bildungschancen zu ermöglichen. Wir fordern daher, die Ganztagsbetreuung (OGS) bedarfsgerecht weiter auszubauen. Hierfür ist auch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel durch das Land erforderlich. Weitergehend fordern wir eine hierfür notwendige differenzierte Regelung der Qualifikationsanforderungen für Personal in der OGS. Für einen funktionierenden Offenen Ganztags befürworten wir, dass mehr pädagogisch geeignete Arbeitskräfte eingestellt werden sollen, die nicht einer Lehrkräfteausbildung bedürfen. Die Lehrkräfte sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Unterricht zu gestalten. Dabei soll auch der Einsatz von Lehramtsstudenten eine größer werdende Rolle spielen. Als weitere dringend benötigte Unterstützung fordern wir nicht nur eine massive Erhöhung der Stellen von Schulverwaltungsassistenten, sondern auch den Ausbau der Schulsozialarbeit durch zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte nach Bedarf.

Für eine bedarfsgerechte Förderung und Chancengleichheit im Schulsystem braucht es in den Grundschulen zudem eine unterrichtsbegleitende Sprachförderung für die Schüler, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht.

WIR FORDERN:

- 1. Finanzielles, räumliches und personelles Konzept für die bedarfsgerechte Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 unter besonderer Berücksichtigung der Kommunen**

- 2. Entlastung der Lehrkräfte in den OGS**
- 3. Mehr Schulverwaltungsassistenten**
- 4. Mehr Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit**
- 5. Einführung einer unterrichtsbegleitenden Sprachförderung**

2. NEUE CHANCEN UND PERSPEKTIVEN FÜR EIN ERFOLGREICHES MEHRGLIEDRIGES SCHULSYSTEM

Nach der Grundschule steht der Wechsel auf eine weiterführende Schule an. Wir plädieren dafür, alle verfügbaren Optionen der Schullandschaft in NRW in Erwägung zu ziehen. Hier stellt sich unweigerlich die Frage, ob Grundschulempfehlungen weiterhin maßgeblich von den Eltern beeinflusst werden sollten. In dieser Diskussion heißt es akribisch zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten – dem Sorge- und Erziehungsrecht der Eltern und der pädagogischen Arbeit und der Einschätzung der Potenziale des Kindes durch die Lehrkräfte – abzuwägen. Wir als Junge Union NRW sprechen uns dafür aus, dass die Lehrkräfte bzw. die Grundschule nicht nur eine beratende Rolle einnehmen, sondern bei einem elterlichen Abweichen von der Empfehlung der Lehrkräfte die Einschätzung der Grundschule in einem verpflichtenden Gespräch von Eltern, Kind und weiterführender Schule thematisiert wird.

In den letzten Jahrzehnten ist es leider politisch und gesellschaftlich vorangetrieben worden, dem Image der Haupt- und Realschulen massiv zu schaden. Gemeinschaftsschulen wie die Gesamtschule können funktionieren, sind aber bei Weitem nicht für alle Kinder geeignet und von allen Eltern gewünscht. Sie können nur als Ergänzung sinnvoll sein. Wir stehen ausdrücklich zu dem mehrgliedrigem Schulsystem.

In Nordrhein-Westfalen ist es möglich, ein vorgezogenes Anmeldeverfahren zu beantragen, wenn ein Überhang an Anmeldungen an einer Schulform erwartet wird. So ist es in einer Vielzahl von Kommunen der Fall, dass für Gesamtschulen ein vorgezogenes Anmeldeverfahren durchgeführt wird und Gymnasien, Haupt- und Realschulen anschließend zusätzlich die von den Gesamtschulen abgelehnten Kinder aufnehmen müssen. Denn bei Überschreitung der Kapazitäten dürfen Kinder abgelehnt werden und darüber hinaus gilt bei der Anmeldung der Elternwille. Wir fordern daher die Abschaffung des vorgezogenen Anmeldeverfahrens, um für mehr Gerechtigkeit beim Anmeldeverfahren an weiterführenden Schulen zu sorgen. Dies stärkt nicht nur die Gymnasien, sondern könnte gleichzeitig auch Haupt- und Realschulen bei der Entwicklung ihrer Schülerzahlen unterstützen.

WIR FORDERN:

- 1. Stärkung der Rolle von Schulen und Lehrkräften im Prozess der Schullempfehlung**
- 2. Beibehaltung und Förderung des dreigliedrigen Schulsystems aus Gymnasium, Real- und Hauptschule**
- 3. Abschaffung des vorgezogenen Anmeldeverfahrens**

3. HAUPTSCHULEN

Die Junge Union NRW will dem aktuellen schlechten Image der Haupt- und Realschulen entgegenwirken. An diesen Schulen werden unsere so dringend benötigten Fachkräfte von morgen sehr erfolgreich zu Abschlüssen und danach zu einer beruflichen Ausbildung oder zur Fortsetzung der schulischen Bildung geführt. Viele Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr auf diese Schulformen, da die Zukunft der Schule als zu ungewiss empfunden wird und etwaige Schulwechsel so vermieden werden sollen. Die Zerstörung der Funktionalität dieser Schulformen kritisieren wir sehr deutlich. Die Junge Union setzt sich für die Stärkung der Hauptschulen ein.

Stand die Hauptschule einmal für einen soliden Bildungsabschluss, so gilt sie heute als Schule zweiter Wahl. Das wollen wir ändern. Zur besseren Förderung der Schüler fordern wir zu Beginn der 5. Klasse eine verpflichtende Eingangsdagnostik in den Fächern Deutsch und Mathematik und eine bedarfsgerechte Erhöhung der Wochenstundenzahl dieser beiden Fächer in den ersten beiden Schuljahren. Die Hauptschule der Zukunft lebt von der Multiprofessionalität und benötigt eine Verbesserung ihrer Ausstattung. Nach der qualifizierenden Grundlagenphase in den Jahrgangsstufen fünf und sechs wollen wir die Hauptschulen noch praktischer ausrichten, zum Beispiel mit Projektkursen in Zusammenarbeit mit Handwerkerbetrieben oder anderen Ausbildungsberufen. Hierfür müssen Projektzeiten angelegt werden, damit auch jahrgangs- und fächerübergreifend gearbeitet werden kann. Damit würde NRW die Hauptschule durchlässiger, offener und sozialer gestalten. Weiterhin ist eine enge Vernetzung der Hauptschulen mit den Berufskollegs anzustreben. Unsere Hauptschulen sollen durch diese neue Schwerpunktsetzung „Zentren der Zukunft für berufliche Bildung“ werden.

Des Weiteren werden ausreichend Lehrkräfte benötigt, die mehr Anerkennung und Entlastung sowie zusätzliche Aufstiegs- und damit Verdienstperspektiven brauchen und

verdienen. In diesem Zuge sollte die Pflichtstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer an den Hauptschulen überprüft und gegebenenfalls gesenkt werden.

Keine Schulform darf als Auffangbecken für eine andere Schulform enden. Hier muss, auch mit Blick auf das Ende des Schulfriedens 2023, eine wertschätzende Lösung mit Zukunft gefunden werden.

Um Schüler einer Hauptschule auf dem Weg zu einem erfolgreichen ersten Schulabschluss zu unterstützen, halten wir das Konzept einer Offenen Ganztagschule für einen sinnvollen Schritt. Mit mehr Betreuung und Begleitung erhoffen wir uns eine Verbesserung für die persönliche, schulische und später auch berufliche Entwicklung der Schüler. Wenn Eltern aus unterschiedlichsten Gründen ihren Kindern nicht die nötige Unterstützung bieten können, muss das Schulsystem so weiterentwickelt und personell ausgestattet werden, dass sie aufgefangen werden können. Gerade an der Schulform der Hauptschule sehen wir hier großen Bedarf und Potenzial, an der richtigen Stelle Unterstützung zu bieten.

Weiterhin soll es spezielle Förderungsangebote mit Lernbegleitung geben, um Schülern als Ergänzung zum Regelunterricht im Zuge der Ganztagsbetreuung ihren Stärken und Schwächen entsprechend fördern zu können.

WIR FORDERN:

- 1. Erleichterung von Schulformwechsel, nicht nur innerhalb des gegliederten Systems, sondern auch an Gesamt- und Sekundarschulen**
- 2. Verpflichtende Eingangsdiagnostik in den Fächern Deutsch und Mathematik an Hauptschulen und bedarfsgerechte Erhöhung der Stundenwochenzahl in diesen Fächern**
- 3. Jahrgangs -und fächerübergreifende Projektzeiten an Hauptschulen**
- 4. Weiterentwicklung von Hauptschulen zu „Zentren der Zukunft für berufliche Bildung“**
- 5. Verbesserung der Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung für Schüler**

II. INDIVIDUELLE FÖRDERUNG AUCH WEITERHIN GEWÄHRLEISTEN

Die Junge Union NRW setzt sich für den Erhalt von Förderschulen ein. Sie gehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Schülern ein, die besonderen Bedarf in der Förderung folgender Schwerpunkte haben: Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung und viele weitere.

Eltern müssen auch weiterhin die Möglichkeit haben zu entscheiden, wo sie die besten Chancen zur Entwicklung der Talente ihres Kindes sehen. Die Entscheidungsfreiheit zwischen Regelschule oder Förderschule muss bestehen bleiben. Gleichzeitig muss die Perspektive für Absolventen der Förderschulen gestärkt werden. Dabei soll in Zusammenarbeit zwischen Schule, Arbeitsagentur und Absolventen eine Vermittlung in eine geeignete berufliche Qualifizierung oder weitere schulische Bildung erfolgen.

Zusätzlich ist die Anstellung von Schulbegleitern für die Klassen an Regel- und Förderschulen notwendig, in denen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind, die zusätzliche Unterstützung benötigen. Auch sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte sind für viele Klassengemeinschaften unverzichtbar geworden und werden dringend benötigt.

Ebenso gibt es Kinder und Jugendliche mit einem Förderbedarf, bedingt durch eine Hochbegabung. Diese Begabung benötigt entsprechende Unterstützung, um eine erfolgreiche Entwicklung zu ermöglichen. Daher fordern wir eine intensiviertere Förderung von Hochbegabten.

WIR FORDERN:

- 1. Wahlmöglichkeit zwischen Regel- und Förderschule beibehalten**
- 2. Intensivierte Förderung von Hochbegabten**

III. LEHRKRÄFTE SIND UNVERZICHTBARE LERNBEGLEITER UND TALENTFÖRDERER

1. LEHRKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN

Als Junge Union NRW fordern wir kleinere Klassengrößen, um individuell besser auf Kinder und Jugendliche einzugehen. Dazu ist eine Behebung des Lehrkräftemangels erforderlich. Hierzu fordern wir den weiteren Studienplatzausbau für das Lehramt als solches sowie

entsprechende Referendariatsstellen, um langfristig eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften sicherzustellen. Zur Stärkung der Lehrerausbildung fordern wir, dass Lehrkräfte an allen Schulformen zukünftig in die Besoldungsstufe A13 eingeordnet werden. Die Schüler sollen von diesem Lehrkräfteangebot profitieren. Dies kann ebenfalls zu Verbesserungen im Bereich Vertretungsunterricht und Unterrichtsausfall führen. Zusätzlich ergibt es aus unserer Perspektive Sinn, das aktuelle Seiteneinsteigerprogramm der Landesregierung auszuweiten und attraktiver zu gestalten.

WIR FORDERN:

- 1. Zusätzliche Lehrkräfte durch Erhöhung der Lehramtsstudienplätze schaffen**
- 2. Schaffung weiterer Möglichkeiten zur Erlangung der Lehramtsbefähigung oder des Wechsels der Schulform**
- 3. Einordnung aller Lehrkräfte in die Besoldungsstufe A13**

2. MEHR FORTBILDUNGS- UND BEFÖRDERUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR ENGAGIERTE LEHRKRÄFTE

Es hat sich besonders in der Corona-Pandemie gezeigt, dass Fernunterricht vor allem dort gut funktioniert, wo sich Lehrkräfte außerordentlich engagiert haben. Das (zusätzliche) Engagement unserer Lehrkräfte ist Dreh- und Angelpunkt der erfolgreichen Bildung der Schüler. Besonders engagiertere Lehrkräfte sollten deswegen die verdiente Wertschätzung erhalten. Diese Wertschätzung kann zweierlei bewirken: Erstens dient sie dazu, den engagierten Lehrkräften Anerkennung auszudrücken. Zweitens kann es darüber hinaus als Ansporn für andere Lehrkräfte zu zusätzlichem Engagement dienen. Daher fordern wir mehr funktionsbezogene Beförderungsstellen an allen Schulformen, beispielsweise als didaktische Leiter an Grundschulen. Die im Herbst 2021 beschlossene Einführung von Beförderungsstellen als Konrektor auch an kleinen Grundschulen ist daher genau richtig. Wir begrüßen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung Beförderungsstellen im Umfang von fünf Prozent der Stellen an Grundschulen ermöglicht hat.

Eine weitere große Frage ist, wie eine kontinuierliche Lehrkräftefortbildung sichergestellt werden kann. Nicht alle Lehrkräfte kümmern sich aus eigenem Ansporn um kontinuierliche Fortbildungen. Wir setzen voraus, dass sich Lehrkräfte, die sich auf eine Beförderungsstelle bewerben, kontinuierlich fortgebildet haben. Wir als Junge Union NRW fordern, dass das Land sein Fortbildungsangebot regelmäßig auf aktuelle Herausforderungen anpasst und

flächendeckend zur Verfügung stellt. Hier ist aufgrund aktueller Herausforderungen die Digitalisierung als ein entscheidendes Feld der Fortbildung zu betrachten.

WIR FORDERN:

- 1. Weitere funktionsbezogene Beförderungsmöglichkeiten schaffen**
- 2. Erweiterung des Fortbildungsangebots des Landes NRW für Lehrer, vor allem im digitalen Bereich**

3. FÜR EIN ATTRAKTIVES LEHRAMTSSTUDIUM

Um neue Herausforderungen, auf die es zu reagieren gilt, zu meistern, müssen Lehrkräfte entsprechend gut ausgebildet werden. Der Lehrberuf ist pädagogisch und didaktisch fokussiert, sodass eine entsprechende Eignung notwendig ist, auch um spätere Studienabbrüche zu vermeiden. Daher befürworten wir die Wiedereinführung eines verpflichtenden Eignungspraktikums für jeden Lehramtsstudenten. Außerdem sollten mehr Praxiselemente in Form von Praktika in das Studium integriert werden.

Lehrkräfte müssen hervorragend ausgebildet werden, um im Rahmen ihrer Tätigkeit als Lernbegleiter und Talentförderer auftreten zu können. Speziell müssen Lehrkräfte auch in den neuen Unterrichtsmethoden mit digitalen Hilfsmitteln und ihrem Umgang geschult werden. Die Junge Union NRW fordert daher, ein verpflichtendes Modul im Bachelorstudium zu verankern, das sich mit digitalem Lehren und Lernen auseinandersetzt. Gleichzeitig sollen andere Module gegebenenfalls angepasst, gestrichen oder durch zeitgemäße Inhalte ersetzt werden. Dafür ist gegebenenfalls eine Initiative über die Kultusministerkonferenz anzuregen, sofern entsprechende Änderungen nicht auf Länderebene möglich sind. Zum Beispiel stellt sich praxisorientiert die Frage, ob Grundschullehrer bis zur höheren Mathematik ausgebildet werden müssen.

Das Land NRW läuft unweigerlich auf einen Engpass an Lehrkräften zu. Wir begrüßen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung direkt zu Beginn ihrer Regierungszeit – im Gegensatz zu der Vorgängerregierung – eine Lehrkräftebedarfsprognose eingeholt hat. Es ist sehr zu befürworten, dass die NRW-Koalition darauffolgend zusätzliche Lehramtsstudienplätze geschaffen hat. Jedoch darf die Aufstockung der Plätze nicht dazu führen, dass nicht alle erforderlichen Seminare und Vorlesungen aufgrund von Kapazitätsengpässen besucht werden können. Dies würde dazu führen, dass zwar mehr junge Leute Lehramt studieren, sich jedoch so ihre Studienzeit verlängert, da das benötigte Studienangebot nicht innerhalb

der Regelstudienzeit zur Verfügung stünde. Dieser Konflikt hat auch zur Folge, dass die Lehramtsstudenten später auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind. Wir fordern daher, das Studienangebot zu prüfen und zu erweitern, um jedem Studenten ein Studienangebot im Rahmen der Regelstudienzeit machen zu können.

Neben den Anpassungen im Studium selbst, muss auch die Anschlussfähigkeit der fertigen Lehramtsstudenten verbessert werden. Mit der Einführung von 1.450 Vorgriffsstellen hat das Ministerium für Schule und Bildung ein System errichtet, welches das Ziel hatte, den personellen Mangel zu bekämpfen. Stattdessen berichten unzählige Lehrkräfte auf Vorgriffsstellen von dem immensen Druck gleichzeitig an verschiedenen Schulen zu unterrichten. Insbesondere die fehlende Ausbildung für Grundschulen benachteiligt in der Praxis die Berufseinsteiger. Die Folgen sind steigende Kündigungsquoten, inkompatible Arbeitsumfelder und im schlimmsten Fall die Abkehr junger Menschen vom Lehrberuf. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein das Programm der Vorgriffsstellen wieder abzuschaffen.

WIR FORDERN:

- 1. Wiedereinführung eines verpflichtenden Eignungspraktikums für jeden Lehramtsstudenten**
- 2. Verpflichtendes Modul zum digitalen Unterricht im Rahmen des Studiums sowie Anpassung aktueller Module**
- 3. Stärkung und Erweiterung der praxisnahen Elemente im Studium**
- 4. Bereitstellung ausreichender Vorlesungs- und Seminarkapazitäten, sodass das Studium trotz gestiegener Studentenzahlen in Regelstudienzeit beendet werden kann**
- 5. Schluss mit G9-Vorgriffsstellen**

IV. MODERNER UNTERRICHT FÜR ALLE

1. INFRASTRUKTUR

Die Schule sollte ein Ort sein, an dem man sich wohlfühlt. Ein wesentlicher Bestandteil dessen ist die Ausstattung und Infrastruktur des Schulgebäudes. Deswegen fordern wir als Junge Union NRW einen „Schulgebäude-Sanierungspakt“, der zwischen dem Land und den Kommunen geschlossen werden soll und es sich zur Aufgabe macht in Schulgebäuden auf

einen angemessenen Stand zu bringen. Neben der rein baulichen Aufwertung, insbesondere der Sanitäranlagen, sollen die Sanierungsmaßnahmen ein pädagogisches Konzept verfolgen und die Belange der Inklusion ausreichend berücksichtigen.

Außerdem müssen Schulen offener gestaltet werden und sollen nach Möglichkeit immer soziale Aufenthaltsmöglichkeiten haben, in denen sich Schüler austauschen und diskutieren können.

2. UNTERRICHTSSTRUKTUR

Im Sinne des Leistungsniveaus ist es wichtig dort anzusetzen, wo Lücken und Defizite bestehen, um diese auszugleichen. Beispielsweise beklagen einige Unternehmen aus der Praxis, dass es vielen Schulabgängern an grundlegenden grammatikalischen, orthografischen und mathematischen Kenntnissen fehle. Hieraus müssen die notwendigen Konsequenzen für den Schulunterricht gezogen werden. Insbesondere ist erkennbar, dass das Lernen durch „Schreiben nach Gehör“ für die Entwicklung der Grammatik und Orthografie der Schüler nicht konstruktiv ist. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem rechtlich vorgegebenen Prüfungssystem und der Beurteilung von Leistungen durch ein Notensystem. Regelmäßig muss überprüft werden, ob vermittelte Inhalte und Kompetenzen auch erfolgreich von den Schülern angewendet werden können. Wir wollen zeitgleich, keinen unnötigen Druck für Kinder und Jugendliche erzeugen. Dennoch ist es sinnvoll aufzudecken, wo Bedarf an Unterstützung besteht. Mit dem entsprechenden Personal, das pädagogisch und didaktisch unterstützen kann, soll den Schülern eine Steigerung des Lernerfolgs ermöglicht werden.

Die Junge Union NRW fordert eine neue Debatte innerhalb der Politik darüber, was neben der organisatorischen Modernisierung in Schulen auch inhaltlich angepasst werden muss, um den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Diese Debatte sollte aus einem Dreiklang bestehen: Eine inhaltliche Anpassung des Unterrichts, eine Überholung des Bestehenden und einer organisatorischen Unterstützungsoffensive für alle Beteiligten. Zudem sollte der Schulunterricht besser auf Ausbildung und Studium vorbereiten, indem vermehrt mit digitalen Textverarbeitungs- und Kalkulationsprogrammen und alternativen Prüfungsformen, wie Hausarbeiten mit anschließendem Vortrag, gearbeitet wird.

Das ab dem Schuljahr 2022/23 für die Klassen fünf und sechs verpflichtende Schulfach „Informatik“ bietet beispielsweise die Chance zur Modernisierung der Lehrinhalte. Daher sollte es in seiner Ausgestaltung den zeitlichen Herausforderungen angepasst werden.

Kompetenzen in Textverarbeitung, in der Tabellenkalkulation, zu Hilfsmitteln von Präsentationen, in der IT-Sicherheit und im Spannungsfeld Datenschutz sind mindestens genauso wichtig wie erste Programmiererfahrungen. Eine gesteigerte Bedeutung des Faches muss von einer Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte in diesem Bereich begleitet werden. Sinnvoll sind zudem spezielle Fortbildungen für Lehrer und eine enge Vernetzung der Träger der Schulen – insbesondere die Kommunen – mit den Unternehmen vor Ort, wie zum Beispiel lokalen Start-ups. Dafür sollten ausreichende finanzielle Mittel durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Eine sich inhaltlich entwickelnde Bildungspolitik kann auch der Bekämpfung des sozialen Gefälles in der Gesellschaft dienen.

WIR FORDERN:

- 1. Instandsetzung von Schulgebäuden in Form eines “Schulgebäude-Sanierungspakts”**
- 2. Stellenwert des Fachs Informatik erhöhen**
- 3. Beginn einer Ausbildungsoffensive für das Fach Informatik**
- 4. Förderung der Vernetzung von Unternehmen und Schulen vor Ort**

3. DIGITALE UNTERRICHTSMETHODEN

Wir befürworten den kreativen und flexiblen Einsatz von digitalen Hilfsmitteln zum Lernerfolg. Dabei spielen zunächst auch gezielte Fortbildungen eine entscheidende Rolle. Auch der Einsatz von Lern-Apps kann ein sinnvolles Mittel sein, um den Lernfortschritt der Schüler zu beobachten. Wir fordern daher, dass eine Lern-App wie „ANTON“ für alle Grundschulen und alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I durch das Land NRW kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Weiterhin fordern wir eine regelmäßige Prüfung, welche Apps einen Beitrag zum Lernfortschritt der Schüler leisten können und im Schulalltag einsetzbar sind. Lehrkräfte und Eltern können hierbei begleiten, wenn Nachholbedarf oder Schwierigkeiten erkennbar werden. Gleichzeitig kann durch das spielerische Lernen per App die Lernmotivation der Schüler gesteigert werden.

An zwei pädagogischen Fortbildungstagen bilden sich die Lehrkräfte der Schulen fort. Um gerade den Herausforderungen der digitalen Lehre gerecht zu werden, fordern wir einen zusätzlichen Fortbildungstag mit dem Schwerpunkt der digitalen Transformation. Darüber hinaus fordern wir die Einführung von regionalen IT-Support-Stellen, um die Lehrkräfte

dabei zu unterstützen. Die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten ist durch die Bundes- und Landesförderung sowie die Umsetzung durch die Schulträger weit vorangeschritten. Die Junge Union fordert, dass das Land einen Lizenzvertrag mit einem Anbieter für Software abschließt, die es ermöglicht, Dokumente und Präsentationen zu erstellen, tabellarische Rechenanwendungen zu benutzen und das Verwalten von E-Mails vorsieht, so dass jeder Schule ein einheitliches Softwareangebot ermöglicht wird.

Ein großes Konfliktpotential besteht zwischen digitalen Unterrichtsmethoden und dem Datenschutz. Dieser verfolgt einen legitimen Zweck. Jedoch darf aus der Sicht der Jungen Union NRW die Effizienz des digitalen begleitenden Schulunterrichts nie dem Datenschutz zum Opfer fallen. Hier sind entsprechende Lösungen zu prüfen. Deutschland ist ein Technologieland und sollte in der Digitalisierung der Schulen mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn alle betroffenen Akteure zusammenarbeiten, dann bieten wir unseren Kindern die bestmöglichen Chancen auf eine gute Zukunft, in der sie die Herausforderungen ihrer Zeit meistern können.

WIR FORDERN:

- 1. Kostenlose Bereitstellung einer Lern-App wie „ANTON“ für alle Grundschulen und weiterführenden Schulen**
- 2. Drei pädagogische Fortbildungstage, einen davon verpflichtend für digitale Weiterbildung**